

Mehr **Grün** – Mehr Mitsprache

Neustadt braucht Visionen für
eine zukunftsfähige Entwicklung

Grüne



Spitzen trio für Neustadt

Barbara Lehmann-Hackebell, Kurt Werner, Waltraud Blarr

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Mehr Grün – mehr Mitsprache

Neustadt braucht Visionen für eine zukunftsfähige Entwicklung

Neustadts Demokratie leidet unter den herrschenden Mehrheitsverhältnissen. Zur Zeit regiert in Neustadt die CDU mit absoluter Mehrheit im Stadtrat. Sie wird hierbei zusätzlich von der FWG unterstützt. Sollte sich an diesem Kräfteverhältnis im Stadtrat nichts ändern, sehen wir die Gefahr einer weiteren Konzentration und Verselbstständigung der Macht in den Händen Einzelner.

Gute Ideen, Flexibilität und Erneuerung sind angesagt

Das Fehlen von Visionen und die Perspektivlosigkeit unserer Stadtregierung spiegeln sich im Stadtbild wider. Gute Ideen und neue Projekte werden auf Eis gelegt oder zunichte gemacht, weil sie nicht aus den Reihen der Mehrheit kommen. Parteipolitik rangiert vor Sachpolitik, Wahltermine vor Nachhaltigkeit. Engagierte Bürger werden von der Stadtregierung zu Zaungästen degradiert. Statt Bürgerbeteiligung werden ständig teure Gutachten externer „Fachleute“ geordert, die die Stadtkasse belasten und anschließend meist in den Schubladen verschwinden.

Lokale Agenda 21 als Querschnittsaufgabe

In der Durchführung der lokalen Agenda 21 sehen wir eine der wichtigsten Langzeitaufgaben für alle Kommunalpolitikerinnen und -politiker. Obwohl sich Neustadt offiziell aus diesem Prozess verabschiedet hat, wird **Nachhaltigkeit das Thema bei allen Entscheidungen der Zukunft sein**. Schließlich kann keine PolitikerIn wollen, dass wir weiter auf Kosten unserer Kinder und Enkel sowie deren Lebensgrundlagen wirtschaften. Es wird zwangsläufig zu Umdenkungsprozessen kommen müssen, um unser aller Überleben langfristig zu sichern. Wir fordern die **Wiederaufnahme des Agenda-21-Prozesses unter Beteiligung aller interessierter Bürgerinnen und Bürger** zum Wohle der Stadt und ihrer Einwohner.

Für eine neue Politik unter Beteiligung der Bürger

Die Neustadter Grünen haben in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt, dass sie mit vielen Anfragen, Anträgen und kreativen Vorschlägen in das kommunale Geschehen aktiv eingreifen. Das reicht aber nicht!

Eine Stärkung der Grünen ist die Voraussetzung für eine **Politik der realistischen Visionen unter Ihrer Beteiligung in unserer Stadt**. Wir haben für die nächste Legislaturperiode das vorliegende „Kommunalpolitische Programm“ erarbeitet.

Um dieses umzusetzen brauchen wir Ihre **Stimme für Bündnis 90/Die Grünen**. Gehen Sie am 13. Juni zur Wahl!

Grüne Wirtschaftspolitik

Grüne Mittelstandsoffensive für Neustadt an der Weinstraße Beschäftigung und Nachhaltigkeit durch eine zukunftsgerichtete Politik für kleine und mittlere Unternehmen

Die ökologisch-soziale Marktwirtschaft ist der programmatische Angelpunkt grüner Wirtschaftspolitik. **Ökologisch, sozial und marktwirtschaftlich** – wir nehmen alle drei Elemente dieses Leitbegriffs und damit die Idee der nachhaltigen Entwicklung für unsere Mittelstandspolitik ernst. Der Abbau der Massenarbeitslosigkeit und bessere Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt, um die Teilhabe für Frauen und Männer am Erwerbsleben zu sichern sind zentrale Ziele, die überdies eine integrative Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erfordern. **Grüne Wirtschaftspolitik denkt langfristig. Unsere ökologische Orientierung ist zukunftsgerichtet.** Wir setzen auf "qualitatives Wachstum", auf Arbeit durch Umwelt- und Klimaschutz. Ökologische Innovation, Ressourcen- und Energieeffizienz werden die entscheidenden Wirtschaftsimpulse der nächsten Jahre sein. Wir warnen vor überzogenen Wachstumserwartungen und der Annahme, dass sich dadurch Strukturprobleme lösen lassen. **Wir wollen, dass auch zukünftige Generationen noch über die erforderlichen Lebensgrundlagen verfügen und über ihre Geschicke entscheiden können. Dies gilt auch für die öffentlichen Haushalte.** Deshalb müssen sich Bund, Länder und Kommunen der Aufgabe der Haushaltskonsolidierung stellen, damit sie nicht weiter in die Verschuldungsfalle rennen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht lehnen wir eine fortschreitende Verschuldungspolitik ab, die den öffentlichen Schuldendienst erhöht und damit zu Lasten der Investitionen geht.

Für das Mittelzentrum Neustadt an der Weinstraße ergeben sich aus unserer Sicht folgende Defizite:

- Neustadt ist in einzelne „Marktplätze“ zerfleddert. Bisher ist es nicht gelungen, die Gruppen zusammenzubringen und somit die Kaufkraft in Neustadt zu halten.
- Die Aktivierung des Messesektors ist noch nicht erfolgt. Hier würden sich Investitionen lohnen, um regionale Produkte bis zu Solarparkflächen zu vermarkten und zu präsentieren.
- Neustadt als Kongressstadt fehlt bisher ein adäquates Hotel für Businessreisende. Die Konzeption dieses Hotels sollte auch mit den Anforderungen des Tourismus kompatibel sein.

Wirtschaftsförderung ausbauen

- **Öffnung für den gesamten Ökosektor**, Fixierung nicht nur auf „Solarpark“ z. B. Ansiedlung einer Holzpelletsfirma, Manufakturen zur Verarbeitung regionaler Produkte, Technologiezentren
- **mit starken Partnern der Region** (IHK, Rhein-Neckar-Dreieck, Südliche Weinstraße, BASF und weiteren großen Firmen) **professionelle Vermarktung und Außendarstellung vorantreiben**
- die städtische **Förderung dezentraler Solaranlagen auf privaten Hausdächern** würde das mittelständische Handwerk nachhaltig beleben, ebenso eine von der Stadt unterstützte **Initiative zur Energieeinsparung im öffentlichen und privaten Gebäudebestand**
- **personelle Stärkung der Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft**; bisherige Aufgabengebiete sollen aufgeteilt und durch ein Management aus der Wirtschaft ergänzt werden
- Kontaktpflege mit potenziellen Investoren durch Events (Kontaktbörsen, Messen usw.)
- Beratung und Begleitung von GründerInnen, Netzwerkaufbau und Mentoring fördern

- **Wirtschaftsentwicklung an neuen Forschungserkenntnissen orientieren; Aufbau eines Technologiezentrums als Option für die Entwicklung von Konversions- und Gewerbeflächen.** In Zusammenarbeit mit den Hochschulen des Landes könnte die Erarbeitung von Forschungsschwerpunkten die Regionen dabei unterstützen, ein eigenes Profil zu entwickeln. (Die einzelbetriebliche Technologieförderung soll auf mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe konzentriert werden, die oft keine eigene Forschungsabteilung vorhalten können und auf eine engere Zusammenarbeit mit Hochschulen und wirtschaftsnahen Forschungsinstitutionen angewiesen sind.)
- **Förderung und Auszeichnung familienfreundlicher Betriebe;** mit VertreterInnen der Unternehmen, der Beschäftigten, Verbänden und ExpertInnen soll ein "Familienaudit" für Neustädter Unternehmen entwickelt werden, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den Zugang von Frauen in Spitzenpositionen zu ermöglichen.

Wir Grünen in Neustadt werden auf dem Hintergrund dieser Überlegungen den **"Dialog für die Zukunft"** gerade auch in der Wirtschaftspolitik aufnehmen und mit den Beteiligten zu konkreten Reformprojekten weiter entwickeln. In Neustadt muss der Stillstand überwunden und eine an Nachhaltigkeit orientierte Modernisierung der Wirtschaft sowie der wirtschaftsnahen Strukturen eingeleitet und umgesetzt werden.

Erst die Synthese von respektvollem Umgang mit Mensch und Natur sowie erfolgreiches Wirtschaften schafft das Fundament für die freie Gestaltung unseres Lebens.

Tourismus

Eigene Identität entwickeln

Im zunehmenden Konkurrenzkampf um die Gunst der Urlauber wird sich Neustadt nur profilieren können, wenn es bald gelingt, eine Corporate Identity zu entwickeln. Die **Entwicklung einer eigenen Identität** halten wir in einer Zeit sich immer mehr angleichender Städte für einen wesentlichen Faktor, um die vorhandenen Potentiale im Tourismus ausschöpfen zu können.

Neustadt: die Stadt zwischen Wein und Wald

Wir fordern, den zur Zeit praktizierten Event-Tourismus (Weinfest-Kalender!) zugunsten langfristiger und nachhaltiger Tourismuskonzepte aufzugeben. Wir halten es für wichtig, eine Verbindung zwischen Rheinebene mit Ordenswald, der Rebenlandschaft am Haardtrand und dem Biosphärenreservat Pfälzerwald/ Nordvogesen herzustellen. Dies könnte am besten durch einen **Grünzug in der Innenstadt** realisiert werden. Ob diese Grünflächenkonzeption im Rahmen einer **Landesgartenschau** verwirklicht wird, ist dabei zweitrangig. Trotz der hohen Kosten würden wir die Durchführung einer Landesgartenschau im Interesse der Tourismusförderung und der ansässigen mittelständischen Wirtschaft sowie der Aufwertung einzelner Stadtteile sehr begrüßen.

Neue Zielgruppen ansprechen

Schon jetzt ließen sich durch neue Tourismuskonzepte Verbindungen zwischen Wald und Wein herstellen. Wir denken dabei z. B. an **Wanderferien** (Naturelebnistouren, Kräuterwanderungen etc.) für Familien mit **umweltpädagogischem Leitprogramm**, eventuell

auch Einzelangeboten für Kinder (z. B. Waldsafari) mit gleichzeitigem Alternativprogramm für Erwachsene (z. B. Öko-Weinprobe im Weinberg). Die momentanen Tourismusangebote richten sich im Allgemeinen nicht an junge Leute und Familien, sondern sprechen vorwiegend ältere Gäste an.

Zur Erweiterung des Erlebnisspektrums über den Wein hinaus könnten auch **thematische Erlebniswochenenden** beitragen. Unter dem Motto „Neustadts Geschichte erkunden“ lassen sich außer dem Hambacher Schloss noch viele architektur- oder kulturhistorische Besonderheiten in Neustadt und seinen Ortsteilen von Touristen entdecken, wie z. B. das „Weiße Haus“ in Mußbach, der Keltengraben in Lachen-Speyerdorf, die Spannbetondecke in der ehemaligen IBAG oder jüdische Friedhöfe.

Zusammenarbeit zwischen Stadt und Weindörfern optimieren

Dies kann für Neustadt nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen; das noch schwelende Konkurrenzdenken zwischen Neustadt und seinen Weindörfern muss endlich überwunden werden. Dazu können integrative Konzepte beitragen, von denen jedes Weindorf profitiert, z. B. geführte Fahrradtouren durch Weindörfer entlang des bereits bestehenden Radwegs durch die Weindörfer. Eine ökologische und ästhetische Aufwertung kann dieser Radweg durch die Neupflanzungen von Mandelbäumen erfahren. Eine **Baumpflanzaktion für Urlauber**, wie sie in anderen Fremdenverkehrskommunen schon praktiziert wird, könnte hierbei die Identifikation der Gäste mit Neustadt stärken und sie zur Wiederkehr bewegen.

Sanfter Tourismus

Das bestehende Tourismus-Leitbild „Neustadt und seine Weindörfer“ ist nach unserem Ermessen ausgereizt, wenn es darum geht, Neustadts Image nach außen zu tragen, weil es die Lage am Rande des größten zusammenhängenden Waldgebietes Deutschlands außer Acht lässt. Sich jährlich wiederholende Veranstaltungen der Stadt müssen neu bewertet und die Konzepte überarbeitet werden. Die Bewertungskriterien sind unter Beteiligung der Umweltverbände zu hinterfragen; gleichzeitig sollen die durch die Veranstaltung angesprochenen Zielgruppen an der Konzeption beteiligt werden. Hierbei ist vor allem Vielseitigkeit gefragt, einseitige Konzepte sollten nicht mehr finanziert und gefördert werden. **Das Veranstaltungsspektrum** darf sich nicht nur auf Wein und die damit verbundenen Massenveranstaltungen beschränken, sondern **muss den gesamten Lebensraum unter dem Gesichtspunkt eines nachhaltigen und umweltbewussten Tourismus berücksichtigen**.

Neustadt als Ökostandort vermarkten

Dazu gehört beispielsweise die **Bewertung und Auszeichnung der Unterkünfte auch nach ökologischen Kriterien**. Viele Menschen leiden an Allergien oder leben nach ökologischen Gesichtspunkten und wählen danach ihr Urlaubsziel aus. **Restaurants** könnten mit einem **Regio-Label** signalisieren, dass hier regionale Produkte verwendet werden. Nachdem Neustadt bereits Standort für das erste Bioland-Restaurant der Pfalz ist, könnte ein **hochwertiges Hotel mit ökologischer Ausrichtung** nach dem Beispiel der Hermannsdorfer Gästehäuser dieses Alleinstellungsmerkmal stärken. Auch die **zukünftige Nutzung der Konversionsflächen** sollte unter **Berücksichtigung des Tourismusstandortes Neustadt** erfolgen.

Regionalvermarktung fördern

Touristen in der Pfalz möchten vor allem spezifische Produkte (Feigen, Kiwis, Mandeln, Kastanien etc.) kennenlernen, die zur Identität der Region gehören. Dazu ist es wichtig, die Produkte von ihrer Entstehung bis zur Verwertung begleiten zu können. Der vermehrte Anbau von traditionellen weißblühenden Mandelbäumen hätte gegenüber den rosa-blühenden Sorten eine bessere wirtschaftliche Verwertbarkeit zur Folge, die sich touristisch beispielsweise in Form von **Neustadter Marzipan** vermarkten ließe.

Hier sind die Potenziale bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Nach dem Vorbild Ludwigshafens fordern wir die **Einführung einer Nachhaltigkeitskarte**, die Bürger belohnt, die umweltschonend und regional produzierte Waren einkaufen. Der regionalisierte Einkauf bringt nach wissenschaftlichen Studien einen Zuwachs an Arbeitsplätzen von 20% durch den Tourismus; bei den Zulieferern beträgt der Ertragszuwachs sogar bis zu 50%.

Ökologische Landwirtschaft

Mehr Lebensqualität durch gesunde Lebensmittel und ortsnahe landwirtschaftliche Vermarktung.

Mono- und Sonderkulturen sind nur durch den hohen Einsatz von organischen und synthetischen Düngemitteln in ihrer Fruchtbarkeit zu erhalten. Durch Flurbereinigungsverfahren bestünde die Möglichkeit einer Bereicherung der Biotop- und Artenvielfalt. Diese wird jedoch häufig nicht genutzt. Auch die Biotopvernetzung kommt immer noch zu langsam voran.

Wir treten ein für:

- eine Ausweitung der Biotopvielfalt und deren Vernetzung, um damit den Artenbestand heimischer Flora und Fauna zu sichern und zu vermehren
- den Grundsatz der landwirtschaftlichen Regionalvermarktung sowie ökologische Landwirtschaft als Regel, nicht als Ausnahme. Letztendlich geht es dabei um die Gesundheit der hier lebenden Menschen
- ein Grundrecht auf gesunde Lebensmittel und sauberes Wasser; ökologisch arbeitende Betriebe sollten daher finanziell unterstützt werden, da sie besondere Leistungen für den Grundwasser-, Arten- und Biotopschutz erbringen
- den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft zum Hauptträger eines sanften Tourismus (Anlage und Pflege von Streuobstwiesen, Biohofbesichtigungen, Ferien auf dem Ökohof, Bauernmärkte, Ganzjahresbeweidung mit widerstandsfähigen „alten“ Rinder-Rassen etc.)
- Aufklärung über die gentechnischen Freilandversuche des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum in Mußbach und ihre kritische Begleitung und Kontrolle.

Soziale Sicherheit

Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger

Die momentane Situation auf dem Arbeitsmarkt, die immer größere Zahl von Menschen, die nicht mehr aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt bestreiten können, die kontinuierliche Zunahme von Teil-Familien und allein Erziehenden haben in der Vergangenheit die Kommunen vor immer größere Probleme gestellt. Durch die von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Hartz-Gesetze soll es zu Einsparungen aus der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe und damit zu einer deutlichen finanziellen Entlastung der Kommunen kommen. **Die aus der Einrichtung der geplanten Job-Center resultierende Zusammenarbeit zwischen Kommune und Bundesagentur für Arbeit (Arbeitsamt) begrüßen wir als Möglichkeit einer wohnortnahen und damit nachhaltigen Arbeitsvermittlung.** Wir fordern die Stadt auf, diese Option zu nutzen, Verantwortung für die vor Ort arbeitssuchenden Menschen zu übernehmen und sich entscheidende Mitspracherechte zu sichern. **Nur bei einer finanziellen und fachlichen Einbindung der Kommune in das geplante „Job-Center“ behält sie Einfluss und Interesse an der Integration von Langzeitarbeitslosen.** Neue finanzielle Freiräume sollen für den Ausbau der Kinderbetreuung genutzt werden, um damit einen Beitrag zum Abbau der Frauenerwerbslosigkeit zu leisten.

Ansätze, Menschen wieder oder neu in Arbeit zu bringen, z. B. durch zielgruppenorientierte Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Arbeitsmaßnahmen, müssen intensiviert werden. Wir werden auch in Zukunft die Projekte der VHS, der Beratungsstelle „Frau und Beruf“ sowie von Privatinitiativen unterstützen. Beispielhaft hierfür möchten wir auf die Ausbildungs-förderungsangebote des "Christlichen Jugenddorfes" (CJD) hinweisen, dessen integrierte Konzepte beispielhaft für die Arbeit mit Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen sind.

Soziale Brennpunkte

Wir fordern, dass die Arbeit in den sozialen Brennpunkten ausgebaut und durch das integrierte Stadtentwicklungsprogramm „Soziale Stadt“ in Neustadt-Ost verbessert wird. Im Rahmen dieses Projektes können außer sozialen auch wirtschaftliche und Umweltaspekte mitberücksichtigt werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, ein solches Projekt auch im Westen der Stadt durchzuführen. Wir fordern auch über die Projektphase hinaus ein finanzielles und personelles Engagement (Quartiersmanagement) sowie eine fortlaufende Qualitätskontrolle der Stadt in den sozialen Brennpunkten. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** werden die Realisierung konstruktiv, aber kritisch begleiten. Nach einer konkreten Bestandsaufnahme und Bewertung der Ist-Situation sind Ziele und die dafür notwendigen Maßnahmen und finanziellen Mittel zu definieren.

Personen mit eingeschränkter Mobilität

Personen mit eingeschränkter Mobilität, wie z. B. ältere und behinderte Menschen, haben häufig Schwierigkeiten, am öffentlichen Leben teilzunehmen. Die Folgen sind Isolation, Vereinsamung bis hin zu Krankheiten. Oft lässt sich schon mit einfachen Mitteln Abhilfe schaffen:

Eine städtische Anlaufstelle könnte dem betroffenen Personenkreis helfen, eine adäquate, ihrer Mobilität angepasste Wohnung zu finden.

Die Realisierung einer barrierefreien Stadt darf keine Vision bleiben, sondern muss Zug um

Zug verwirklicht werden. Die Landes- und Bundesgesetze sind zügig umzusetzen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die **Einkaufsmöglichkeiten für Dinge des täglichen Bedarfs in unmittelbarer Wohnortnähe**, z. B. in der Sauterstraße oder im „Afrikaviertel“, erhalten bzw. verbessert werden.

Der Einzelhandel sollte seinen **Service der voraussichtlichen Bevölkerungsabnahme anpassen und in verstärktem Maße einen Lieferservice anbieten**.

Innerstädtische Grünanlagen und Plätze sollten mit Sitzgelegenheiten ausgestattet sein. Eine sichere Straßenüberquerung durch längere Grünphasen muss gewährleistet sein.

Die Nutzung des ÖPNV muss vereinfacht werden, d. h. es sollte ein „City-Tarif“ für Kurzstrecken in der Innenstadt eingeführt werdenes sollten kleine Niederflerbusse eingesetzt werden das Ruftaxi-Angebot in den Abendstunden muss optimiert werden.

Der Seniorenbeirat und andere Gruppierungen, die für und mit älteren Menschen aktiv sind, müssen bei ihrer Arbeit weiterhin Unterstützung erfahren.

Obdachlose/Drogenabhängige

Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Zukunft die Arbeit des „**Lichtblicks**“ unter kirchlicher Trägerschaft und durch das Engagement Ehrenamtlicher fortgeführt werden kann. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die Einrichtung der „**Neustadter Tafel**“ durch die Neustadter Bürgerschaft.

Minderjährigen Obdachlosen und drogenabhängigen Jugendlichen soll in Zukunft ebenfalls ein – durch eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter – betreuter Treffpunkt zur Verfügung stehen, um hierdurch den Betroffenen eine Anlaufstelle in ihrer Notsituation zu bieten.

Integrative und dezentrale Jugendprojekte können eine Möglichkeit sein, den Betroffenen Möglichkeiten für eine sinnvolle Lebens- und Freizeitgestaltung anzubieten und sie so aus ihrer Sackgasse herauszuführen.

Forum Soziales Ehrenamt/Ehrenamtsbörse

Wir schätzen die Arbeit der verschiedensten sozialen Hilfsorganisationen, die sich in Neustadt um **Behinderte, Kranke und Alte** kümmern. Die Einrichtung des **Forums „Soziales Ehrenamt“** als eine Art Dachorganisation für die Neustadter Sozialverbände und -vereine begrüßen wir. Wir fordern die Stadt auf, dieses Forum zu unterstützen und durch die **Einrichtung einer Ehrenamtsbörse** die für die sozialen Aufgaben notwendigen ehrenamtlichen Kräfte zu akquirieren.

Kriminalprävention

Gewalt gegen Frauen

Opfer männlicher Gewalt sind in der Regel Kinder und Frauen. Die Stadt Neustadt an der Weinstraße verfügt mit dem **Frauenhaus** über eine regionale Zufluchtsstätte für Frauen und Kinder, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind. **Wir werden uns weiterhin für die finanzielle Unterstützung dieser elementar wichtigen Einrichtung in Neustadt einsetzen und auf eine sichere langfristige Finanzierungszusage drängen**, um die Arbeit des Frauenhauses weiterhin in vollem Umfang zu gewährleisten. Die Mitarbeiterinnen bieten den Frauen Schutz, wenn sie an Leib und Leben bedroht sind oder ihre Gesundheit gefährdet ist und dieser Schutz nicht z. B. mit Hilfe der Polizei gewährleistet werden kann.

Leben ohne Angst

Wir erkennen die Notwendigkeit an, dass das Wohnen und Leben in Neustadt und seinen Ortsteilen sicher und angstfrei sein muss. Im Gegensatz zur bestehenden Koalition lehnen wir jedoch kostspielige Maßnahmen wie die Überwachung von Gefahrenstellen durch Videokameras ab, weil sie nur ein Sicherheitsgefühl suggerieren. Wir setzen stattdessen auf **präventive Maßnahmen** wie eine verstärkte Aufklärung durch die Polizei in Schulen und besonders betroffenen Wohngebieten. Ebenso sollte die VHS in verstärktem Umfang – auch in den Ortsteilen – Kurse zur Selbstverteidigung anbieten. Eine ausreichende Beleuchtung kritischer Bereiche, z.B. Haardter Treppenweg und Viehbergweg, ist sicherzustellen.

Gewalt an Schulen

Mit der Gründung des Arbeitskreises „Gewalt an Schulen“ wurde ein erster Schritt getan, das Problem zu erkennen und Lösungsansätze zu finden. Der Arbeitskreis muss – wegen der aktuellen Problematik – weiterhin von der Stadt die größtmögliche Unterstützung erfahren und moderiert werden.

Parallel dazu sollte die Arbeit auch schulintern weitergeführt werden. Weitere Schritte wie die Ausbildung von Multiplikatoren und die Einbindung der SchülersprecherInnen und SchulleitersprecherInnen in die Arbeitskreisarbeit müssen möglichst umgehend folgen. Ergänzend sollte auch das Thema „**sichere Schulwege**“ mehr Beachtung erhalten. Die organisierte Begleitung der Schulkinder in den öffentlichen Verkehrsmitteln durch zivile Polizisten bzw. Eltern kann eine Möglichkeit sein, Gefahren zu minimieren.

Verkehr und Mobilität

Verkehrswende

Wir wollen das Mobilitätsbedürfnis von Frauen, Männern und Kindern umwelt- und fahrgastfreundlich gestalten. Viele Menschen sind beruflich auf Mobilität angewiesen und wollen privat nicht auf die Freiheiten eines leistungsfähigen Verkehrssystems verzichten. Gleichzeitig wird der Verkehr einen entscheidenden Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz leisten müssen. Dabei setzen wir auf die **Kombination von Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung von der Straße auf Bus, Bahn und Rad, sowie auf die Nutzung von Car-Sharing-Angeboten.**

Mobilität braucht Angebotsvielfalt von der Einkaufsmöglichkeit zu Fuß um die Ecke bis zu fließenden Übergängen zwischen den Verkehrsmitteln.

Für Neustadt heißt das, **attraktive Park- bzw. Bahn-and-Ride-Standorte** für den Wechsel zu schaffen. Das könnten Stellplätze mit genügend kostenfreier Kapazität an den Autobahnzubringern Süd (Friedhof) und Nord sowie am Hauptbahnhof sein. Der öffentliche Nahverkehr im Anschluss muss eine hohe Taktfrequenz und einen akzeptablen Fahrpreis haben. Um den öffentlichen Nahverkehr aus seinem Nischendasein heraus zu einem von breiten Bevölkerungsschichten akzeptierten Verkehrsträger zu machen, **fordern wir für Neustadt:**

- ein **sternförmiges Nahverkehrssystem** mit dem Hauptbahnhof als zentralem Umsteigeplatz (= Rendez-vous-System) mit hoher Taktfrequenz (15 Minuten) zu schaffen. Dieses sollte nach Bedarf durch **Verbindungen zwischen den Weindörfern** ergänzt werden;
- die **Einführung eines Stadtpendelbuses** mit kleinerer Fahrzeuggröße und günstigem Tarif

- eine **zusätzliche S-Bahn-Station im Schöntal**, weil dadurch Buslinien eingespart und der Stadtteil und seine Freizeiteinrichtungen besser an die Innenstadt angeschlossen werden können.
- **Wer Neustadt mit der Bahn erreicht, muss auf einem Übersichtsplan erkennen können, wo die einzelnen Buslinien verlaufen und wo die Haltestellen sind.**
- Das **24-Stunden-Angebot** muss auf den Bedarf angepasst und ausgebaut werden.
- Konkret bedeutet das: Ein flexibleres Ruftaxiangebote (auch tagsüber) und die Anpassung von Fahrzeugbedarf und Größe auf die Nachfrage zu den unterschiedlichen Tageszeiten.
- **Für die Freizeit** muss ein **anderes Konzept greifen als für den Weg zur Arbeit**. Wochenend-Ring-Verkehr durch den Pfälzer Wald oder Nachtzubringer zu Veranstaltungen haben andere Linien und Takte als der Berufsverkehr.
- **Für Menschen mit eingeschränkter Mobilität** (z. B. Rollstuhlfahrer, Eltern mit Kinderwagen und Gehbehinderte) **muss der ÖPNV ohne Probleme benutzbar sein**. Wir fordern einen verstärkten Einsatz (möglichst gasbetriebener) Niederflurbusse.

Straßenbau und Infrastruktur

Für den Einsatz der Mittel im Verkehrsbereich muss insgesamt gelten: Sanierung des Bestands bzw. Ausbau geht vor Neubau. Der Schutz der Umwelt, vor allem der wenigen noch unzerschnittenen Naturräume, muss bei allen Entscheidungen ein zentrales Kriterium sein. Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen, dass beim Verkehr nicht die Nachfrage das Angebot regelt, sondern umgekehrt. **Mehr Straßen führen somit zwangsläufig zu mehr Verkehr, nicht zu weniger.**

Für Neustadt heißt das: **Straßenbaugroßprojekte** wie der geplante Bergstein- oder der Innentadtunnel sowie die S-Trasse in Lachen-Speyerdorf **halten wir aus umwelt- und finanzpolitischen Gründen sowie wegen der voraussichtlich abnehmenden Bevölkerungsentwicklung für unverantwortlich**. Zudem lehnt der größte Teil der BürgerInnen diese Projekte ab. Der Bergsteintunnel würde die Stadt nur von dem ohnehin aus dem Tal zu verbannenden Transitverkehr entlasten, der Neustadt betreffende Verkehr wäre damit nicht aus der Stadt heraus. Die Vergabe eines Gutachtens zum Innentadtunnel zögert die dringend notwendige Sanierung der Landauer Straße und der Talstraße hinaus, da Planungsunsicherheit besteht. Die im Ortsteil Lachen-Speyerdorf diskutierte S-Trasse ist schlichtweg überflüssig und würde zudem den Doppelort in der Mitte trennen. Als Minimallösung könnten wir nach einer genauen Bedarfsermittlung eine südliche Erschließung der ehemaligen Edon-Kaserne durch eine Stichstraße zur B 39 mittragen. Für die stark belasteten Anlieger der Hauptdurchgangsstraßen wäre die Lärmreduzierung dazu minimal, da eine **Halbierung des Verkehrsaufkommens nur zu einer kaum registrierbaren Lärminderung führt**.

Bahnverkehr

Für Neustadt heißt das: Der **ICE Bahnhof Neustadt muss erhalten bleiben**. Eine Erweiterung des S-Bahn-Verkehrs in den Verkehrsverbund Westpfalz halten wir wegen des Pendler- und Wochenendtouristenverkehrs für sinnvoll.

Fahrrad- und Fußgängerverkehr

Unser Ziel ist es, den **Anteil des Radverkehrs bis 2010 zu verdoppeln**. Kinder brauchen Vorrang: Verkehrsregeln und -planungen müssen sich an ihren Bedürfnissen orientieren.

Tempo-30-Zonen in Wohngebieten leisten einen wesentlichen Beitrag, Unfallzahlen und Emissionen zu verringern.

Für Neustadt heißt das: Möglichst zum Autoverkehr kreuzungsfreie, aber auf alle Fälle von den Straßen getrennte Fußwege, um das Zu-Fuß-Gehen zu fördern. Eine **Ausdehnung der Fußgängerzone** (beispielsweise in die Schütt, die Stangenbrunnengasse und bis zum Ende der Friedrichstraße) halten wir für sinnvoll und dem Flair Neustadts förderlich. **Das im Rahmen des Agenda-21-Arbeitskreises „Mobilität und Verkehr“ entwickelte Fahrradwegkonzept muss zügig umgesetzt werden.** Dabei sollte auch auf Anschlüsse aus der Stadt zu bestehenden Radwegen in Nachbarlandkreisen geachtet werden. Wir fordern, hierfür Mittel bereitzustellen, die ansonsten für den Straßenbau bestimmt wären.

Kinder, Jugend und Familie

Ziel grüner Politik ist es, Kinder und Jugendliche zur Selbstbestimmung und zur Verantwortung zu erziehen. Kinder und Jugendliche sollen ethische Normen anerkennen, die Überzeugung anderer respektieren und bereit sein, die sozialen und politischen Aufgaben eines Bürgers in einer Demokratie zu übernehmen. Wir wollen eine Generation, die frei ihre Persönlichkeit entfalten kann und Orientierung in der modernen Welt findet sowie Verantwortung für die Natur und Umwelt übernimmt.

Wir fordern eine **integrative Erziehung zusammen mit ausländischen Kindern und Jugendlichen, Behinderten und sozial Schwachen** als Regel, nicht als Ausnahme, sei es in Kindergärten und Schulen oder in Freizeiteinrichtungen sowie beim Sommerferienprogramm des Jugendamtes. Die Integration ausländischer Kinder soll aktiv gefördert werden, beispielsweise durch die Ausweitung der Sprachförderung in Kindergärten und Grundschulen und, etwa im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“.

Die **Vorschulerziehung von Kleinkindern** in Kinderhorten, Kindergärten und Kindertagesstätten soll von **hoch qualifiziertem Personal** geleistet werden, welches in der Lage ist, den Kindern ethische Grundlagen und moralische Werte zu vermitteln. Dazu ist eine bessere Qualifizierung und Bezahlung erforderlich, denn nach einer OECD-Studie ist Deutschland Schlusslicht beim Ausbildungsstandard von ErzieherInnen und BetreuerInnen! Hier ist die Kommune gefordert.

Wir legen Wert auf eine **bewusste und gesunde Lebensführung von Kindern, Jugendlichen und Familien.** Darunter verstehen wir eine ausgewogene Ernährung und ein ausreichendes Bewegungsangebot, um dadurch den zunehmenden Gesundheitsschäden entgegen zu wirken. Das gilt in besonderem Maße für die städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen. Genauso wichtig ist die Förderung von qualitativ hochwertigem und kontinuierlichem Sportbetrieb in Schulen und Vereinen.

Wir wollen Kinder, die einfach nur Kinder sein dürfen, die spielerisch, kreativ und neugierig ihre Umwelt erobern. Kinder sollen sich in der Natur aufhalten, sich Bewegung verschaffen und dem Spieldrang nachgehen können. **Stadtplanung muss auch den Blickwinkel und die Bedürfnisse von Kindern berücksichtigen** und sie aktiv in die Planungsprozesse einbeziehen. Sie darf sich nicht nur auf Spielplätze beschränken, sondern auf den ganzen Lebens- und Erfahrungsraum Stadt beziehen. Es ist unsere Aufgabe, Jugendlichen Mitbestimmung zu ermöglichen und ihre Energie und Kritik als wünschenswerten Einfluss anzuerkennen.

Seit Jahren steigt die Anzahl von Kindern und Jugendlichen, die sich durch das Netz von Organisationen und Vereinen nicht angesprochen fühlen bzw. sich in deren Angeboten nicht wiederfinden. Hauptsächlich in den ländlichen Regionen fehlt es an Jugendtreffs. Wir fordern daher die **Realisierung eines Konzepts dezentraler Jugendarbeit in den Innenstadtbezirken und in den Ortschaften**. Dieses Konzept muss sowohl soziale Trainingskurse als präventive Maßnahme als auch erweiterte Angebote zur Suchtprävention enthalten.

Seit Jahren schrumpft die Anzahl der Ausbildungsstellen. Jugendarbeitslosigkeit und Ausgrenzung ist ein Problem, das explizit und direkt angegangen werden muss. Hier ist die Idee der **Bundestagsfraktion, einen Ausbildungsfonds zu schaffen, eine Antwort. Wir fordern, dass diese Problematik in der kommunalen Wirtschaftsentwicklung stärker berücksichtigt wird.**

Auslöser von Familien- und Kinderarmut sind vor allem Arbeitslosigkeit, Niedrigelkommen und kritische familiäre Lebensereignisse, zumeist in Folge von Geburten, Trennungen bzw. Scheidungen. Die Unterstützung durch **Betreuungsangebote, die den unterschiedlichen Lebensumständen angepasst sind, muss gewährleistet sein. Hier ist die Stadt gefordert.**

Schule und Ganztagschule

Das Thema Ganztagschule spielt nicht nur hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit eine wichtige Rolle, auch im Zusammenhang mit der PISA-Studie ist das Thema von zentraler Bedeutung für unsere gesellschaftliche Zukunft. Ganztagschule ist auch Familienförderung. Viele Paare würden sich eher für Kinder entscheiden, wenn die Betreuung und Förderung sichergestellt wäre. Gleichzeitig nimmt die Anzahl allein Erziehender immer mehr zu – für sie ist ein breit gestreutes und qualitativ hochwertiges Ganztagsschulangebot lebensnotwendig. Die Ganztagschule sollte ein offenes Angebot sein, das Kinder und Eltern nutzen können, ohne die Freiheit der elterlichen Fürsorge und Mitbestimmung zu verlieren. Deshalb fordern wir:

- an allen Neustadter Schulen soll zumindest die Möglichkeit geschaffen werden, SchülerInnen auch nachmittags Betreuung und Förderung anzubieten
- Qualifizierung und Einbindung außerschulischer Fachkräfte für ein breit gefächertes Nachmittagsangebot an den Ganztagschulen
- zusätzliche SchulsozialarbeiterInnen / -sozialpädagogInnen sollen eingestellt werden, um SchülerInnen mit sozialen oder familiären Problemen zu fördern und gewaltfreie Konfliktlösungen sowie Teamverhalten zu trainieren
- die räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen muss den erweiterten Bedürfnissen angepasst werden
- die Schule muss im Aktionsradius der SchülerInnen verbleiben; das bedeutet speziell für die Grundschule, dass sie sicher und möglichst zu Fuß erreichbar sein soll
- die Schülerbeförderung zu den weiterführenden Schulen aus den Ortsteilen soll effektiver abgewickelt werden: umständliche Anfahrtswege, überlange Fahrzeiten, überfüllte Busse gefährden die Sicherheit. Die Kommunen müssen sicherstellen, dass ausreichende Beförderungskapazitäten bereitgestellt werden, um die Sicherheit der SchülerInnen zu gewährleisten; parallel dazu sollten sichere Radwege zur Verfügung stehen.

Natur in der Stadt, Lokale Agenda 21

Natur in der Stadt – Städtisches Grün

Bäume haben in Neustadt keine Lobby. Entsprechend trostlos bleibt der Gesamteindruck einer Stadt, die mediterranes Flair versprühen will, aber Großzügigkeit im Umgang mit Grün vermissen lässt. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich im Stadtrat schon immer für den Erlass einer Baumschutzsatzung eingesetzt**, leider bisher ohne Erfolg. Wir sind jedoch optimistisch, dass die Bevölkerung zunehmend sensibler auf die teilweise massiven Baumfällungen – ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen – reagiert, so dass unsere Forderung eines Tages Gehör finden wird. Angesichts der Klimaveränderung könnte neben anderen ökologisch positiven Effekten auch das städtische Kleinklima durch Baumpflanzungen nachhaltig verbessert werden.

Option Landesgartenschau

In Trier wird dieses Jahr die zweite Landesgartenschau in Rheinland-Pfalz durchgeführt. Die positiven Erfahrungen der ersten Schau in Kaiserslautern und die finanziellen Fördermöglichkeiten lassen uns an der Option „Landesgartenschau für Neustadt“ festhalten. Neben einer immensen Verbesserung des Wohn- und Freizeitwertes für die einheimische Bevölkerung, was insbesondere für sozial Benachteiligte von großer Bedeutung ist, sehen wir in der Landesgartenschau die Chance für den Tourismus und das mittelständische Handwerk. Auch die Konversionsflächen (ehemalige Edon- und Turenne-Kasernen) könnten als Areal für eine Landesgartenschau in Frage kommen. Unterschiedliche Folgenutzungskonzepte können sowohl einen städtebaulichen als auch einen gewerblichen oder touristischen Schwerpunkt aufweisen. Im Interesse aller Neustadter Bürgerinnen und Bürger muss das Thema weiterverfolgt werden.

Flächenverbrauch minimieren – mehr Lebensqualität durch Intakte Umwelt

In Rheinland-Pfalz wird täglich die Fläche von mehr als fünf Fußballplätzen in Siedlungs- oder Verkehrsfläche umgewandelt. Intakte Landschaften und Naturräume sind jedoch eine Grundvoraussetzung für unsere Existenz und unser Wohlergehen.

Auch Neustadt hat in seinem letzten Flächennutzungsplan eine große Anzahl neuer Baugebiete vorgesehen, die den Naturhaushalt weiter belasten würden – ganz abgesehen vom nicht ermittelten Bedarf bei einer voraussichtlich stark abnehmenden Bevölkerung.

Illusionäre Straßenbaugroßprojekte würden bei Realisierung zu weiteren Verlusten von Versickerungsflächen und zu zunehmenden Lärm- und Abgasbelastungen führen.

Für den Tourismus sind intakte Natur und erhaltene Dorfstrukturen ein wirksames Werbeargument und ein wichtiger Standortfaktor. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein nachhaltiges städtebauliches Gesamtkonzept**, das von Stadt- und Dorferneuerung über Naturschutz und Grünflächen in der Stadt bis zum demographischen Wandel den gesellschaftlichen Entwicklungen, den Erfordernissen der Bevölkerung und der Umwelt sowie den Industrie- und Gewerbetreibenden Rechnung trägt. Bestandteil dieses Konzeptes sollte auch ein Gewerbeflächenkataster sein, das im Einzelfall eine Bedarfsprüfung unter Einschluss der Flächenrecycling- und Nachverdichtungspotenziale ermöglicht.

Naturschutz geht uns alle an!

Wir schützen die Natur für die Menschen, nicht gegen ihre Interessen. Intakte Naturräume sind nicht nur ein wichtiger Erholungsort, sie helfen auch der Landwirtschaft, ihren Einsatz von Chemikalien zu minimieren. In Feldhecken, auf Bäumen oder in Feuchtfeldern beispielsweise leben vielfältige Tierarten, die Schädlinge auf Acker- oder Weinbergsflächen auf natürliche Art dezimieren. Die nachhaltige Sicherung von Naturschutzflächen ist daher für alle von Vorteil. Der sinnvollste Ansatz ist, die Natur durch eine zur Fläche passende Nutzung zu pflegen. Ergänzend müssen jedoch durch Biotop-Pflege Rückzugsgebiete für seltene Tier- und Pflanzenarten geschaffen werden. So bemühen sich z. B. die beiden Naturschutzverbände Pollichia und GNOR um die Sicherung und Wiederherstellung von Feuchtwiesen in der Hörstengraben-Niederung zwischen Lachen-Speyerdorf und Geinsheim – sicherlich auch ein passendes Areal für den inzwischen wieder heimisch und populär gewordenen Weißstorch. **Kommunen haben nach dem Landespflegegesetz Rheinland-Pfalz eine besondere Verpflichtung für den Naturschutz und stehen als Träger der Planungshoheit auch in der Verantwortung für eine naturschutzverträgliche Entwicklung ihres Gemeindegebietes.**

Wir fordern die Stadt auf:

- gemeindeeigene Flächen für den Arten- und Biotopschutz zu nutzen
- durch die Ausweisung von „Naturerlebnisräumen“ das Bewusstsein der BürgerInnen oder Touristen für die Belange und Erfordernisse des Naturschutzes zu fördern
- die regionale Identität durch den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der historisch gewachsenen Kulturlandschaft und die Förderung regionaler Vermarktungswege zu fördern
- intakte, unzerschnittene Naturräume zu erhalten und als weichen Standortfaktor für die Wirtschaft und den Tourismus zu werten
- Die Arbeit der Naturschutzverbände zur Pflege und Entwicklung von Biotopen und deren Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen und zu fördern
- Die Rechtsverordnung über das Naturschutzgebiet „Rehbachwiesen-Langwiesen“ zu vollziehen, d. h. Regelungen für die sich im Naturschutzgebiet befindlichen illegalen Bauten zu treffen
- **Neustadt braucht ein Umweltamt mit entsprechenden ressortübergreifenden Befugnissen, um den Belangen des Umweltschutzes und ökologischer Prinzipien mehr Gewicht zu geben.**

Waldbesitz verpflichtet!

Mit der FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council) des kommunalen Waldbestandes ist Neustadt auf dem richtigen Weg zu einer nachhaltigen Sicherung der für das Gemeinwohl wichtigen Flächen. Zentrales Ziel des FSC ist es, Standards zu entwickeln, mit denen Wald verantwortlich so bewirtschaftet wird, dass er für zukünftige Generationen in ähnlicher Weise zur Verfügung steht wie heute. **Der Holzertrag darf nicht das kommunale Hauptinteresse am Wald sein.**

Waldflächen erfüllen wichtige ökologische und soziale Funktionen, für deren Erhalt die Eigentümer verantwortlich sind. Eine Kommune kann dieser Verpflichtung besser nachkommen als ein Privatbesitzer. Wir werden uns daher mit Nachdruck dafür einsetzen, den Waldbestand in städtischem Besitz zu erhalten. Die Auszeichnung des Naturparks Pfälzerwald als Biosphärenreservat ist ein Pfund, mit dem sich wuchern lässt. Wander-, Entdecker- oder Naturerlebnistouren im Biosphärenreservat eröffnen neue, bislang ungenutzte Potenziale für einen naturnahen Tourismus. Die **Erzeugung von Holzpellets** aus gemeinde-

eigenen Waldbeständen könnte eine gute und **lukrative Verwendungsmöglichkeit für wirtschaftlich schlecht verwertbares Schwachholz** sein und im Idealfall zur Sanierung der städtischen Finanzen beitragen. **Öko-Sponsoring** (Spenden von neu anzupflanzenden Bäumen durch Betriebe und Privatpersonen) kann eine weitere Möglichkeit darstellen, den Forstetat zu entlasten.

Frauen in Neustadt

Die gerechte Teilhabe beider Geschlechter an allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben voranzutreiben, ist Ziel grüner Politik. Die auf dem Papier bestehende Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft ist noch lange nicht verwirklicht, Deshalb setzen wir uns als Grüne weiterhin für die Verbesserung der Lebenssituationen von Frauen ein. Dabei ist Gender Mainstreaming für uns ein wichtiger Ansatz.

Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. In diese Betrachtung sollen alle politischen Ebenen einbezogen werden, wobei die **unterschiedlichen Auswirkungen von Maßnahmen auf Frauen und Männer geschlechter-spezifisch zu analysieren sind, bevor die Entscheidungen für die Maßnahmen zu treffen sind.**

Frauen leisten nach wie vor einen Großteil der Familienarbeit. Deshalb ist es wichtig, Voraussetzungen zu schaffen, die eine **Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ermöglichen.** Dazu benötigen wir Job-Sharing-Modelle und flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer, die sowohl die Erwerbs- als auch die Hausarbeit umfassen. Wir setzen uns ein für den **gleichberechtigten Zugang zu existenzsichernden Arbeitsplätzen**, die auch eine ausreichende Alterssicherung gewährleisten.

Beim **Anteil von Frauen in Führungspositionen bildet Deutschland das Schlusslicht in Europa.** Weniger als zwei Prozent aller Unternehmen in Deutschland haben Frauenförderprogramme eingerichtet. Es ist erwiesen, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen in allen Wirtschaftsbereichen ein Gewinn für alle ist: ökonomisch und gesellschaftlich. Das Potenzial der Frauen zu vernachlässigen, kann sich eine Volkswirtschaft, die als wesentliche Grundlage das Wissen und die Ideen ihrer Beschäftigten hat, nicht leisten. Ein Umdenken in diese Richtung findet aber nur zögerlich statt. **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fordern daher die Stadtverwaltung auf, eine **lückenlose Statistik über die Teilhabe von Frauen an der Erwerbsarbeit** zu erstellen und die Ergebnisse offen zu legen. Außerdem wollen wir die **zügige Umsetzung der EU-Richtlinie** gegen jegliche Form der Diskriminierung und zur Verwirklichung der Gleichberechtigung. Diese soll durch **lokale Förderprogramme** ergänzt werden.

Das **ehrenamtliche Engagement**, das überwiegend von Frauen geleistet wird, muss in stärkerem Maß gesellschaftlich anerkannt und gefördert werden. Eine **kontinuierliche Fort- und Weiterbildung** muss gewährleistet werden, um die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen weiter zu professionalisieren. Auf diese Weise kann eine Frau durch ihr Engagement auch zu dem Erhalt oder der Fortsetzung ihrer eigenen Berufstätigkeit beitragen. Dabei muss jedoch unbedingt darauf geachtet werden, dass **ehrenamtliches Engagement bezahlte Arbeit nur unterstützt, aber nicht ersetzt.**

Besondere Lebenssituationen, Ängste und Sorgen können Frauen krank machen. Unser Anliegen ist es, dass Frauen **Beratungs- und Unterstützungsangebote** wahrnehmen können, um für sich eine Lebenssituation zu schaffen, in der sie **selbstbestimmt ihr Leben gestalten können**.

In Neustadt gibt es eine Vielzahl von **professionellen Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen**. Diese Vielfalt ist für die Stadt und die in ihr lebenden Menschen von immensem Wert, so dass wir uns dafür einsetzen werden, dass diese Angebote weiter geführt werden. Gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel ist es uns wichtig, dass Unterstützungsangebote für Frauen nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Wir begrüßen und unterstützen den neu gegründeten **Arbeitskreis Frauen** unter der Geschäftsführung der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Neustadt, in dem Vertreterinnen von Frauenverbänden und Beratungsstellen sowie andere Interessierte differenziertes statistisches Material über die Lebenssituation von Frauen in Neustadt erarbeiten. Wir erwarten, dass damit **differenzierte quantitative und qualitative Aussagen zur Lebenssituation von Frauen in Neustadt** möglich sind. Diese **müssen gleichberechtigt** neben anderen Faktoren **in die Zukunftsentwicklung und das Leitbild der Stadt Neustadt einfließen**.

Wohnen und Städtebau in Neustadt und seinen Ortsteilen

Auch die Stadt Neustadt wird sich zukünftig mit den Folgen der **Bevölkerungsentwicklung auseinandersetzen müssen**. Bevölkerungsrückgang und Überalterung seiner Bürger wird, sofern man nicht massiv gegensteuert, dazu führen, dass in hohem Maße Wohnungen leer stehen und ein großer Teil der Kaufkraft verloren geht. Daher sollte die **Ausweisung neuer Baugebiete restriktiv** erfolgen.

Damit einhergehend kommt es zu einem **Verlust von Steuereinnahmen** mit der Folge, dass die **öffentliche Infrastruktur immer weniger finanzierbar** wird. Auch die Investitionen seitens des Handels und der Wirtschaft werden nachlassen, so dass die Lebensqualität in Neustadt sich **auf Dauer verschlechtern wird, wenn nicht bewusst kommunalpolitisch gegen diesen Trend geplant wird**.

Die Nachfrage nach Wohnraum im Bestand, aber auch im Neubaubereich wird sich zunehmend nach der Qualität ausrichten, nicht mehr nach der Quantität. Die **Stadtentwicklung ist langfristig anzulegen und muss klar definierten Zielvorgaben folgen**. Das bedeutet, dass zukünftig nicht mehr die Bereitstellung von mehr Wohnraum, Gebäuden und Siedlungen im Vordergrund steht, sondern dass es darum geht, das **Wohnumfeld zu verbessern**, z. B. Grünanlagen und Grünzüge, Freizeiteinrichtungen etc.

Insbesondere die **Attraktivität der Innenstadt muss spürbar und nachhaltig verbessert werden**, z. B. durch eine Vergrößerung der Fußgängerzone und die Schaffung von Erlebnis- und Erholungsräumen, um sie für Jung und Alt attraktiv zu machen.

Um die qualitative Aufwertung der Innenstadt voranzubringen, unterstützen wir **Straßenneugestaltungen wie die der „Schütt“**, allerdings mit vorrangiger Berücksichtigung des **Fahrradwegeausbaus** im Innenstadtbereich müssen **Fußgänger und Radfahrer Vorrang haben**, verstärktes Augenmerk muss auf die **Verbesserung des Radwegenetzes und die**

Anbindung an den ÖPNV gelegt werden.

Eine weitere wichtige Vorgabe muss die Bewahrung und Pflege des wertvollen und reichhaltigen Bestands an Bausubstanz bilden. Dazu ist in der Innenstadt, aber auch in den Ortsteilen eine **umfassende Bestandsaufnahme der vorhandenen Substanz** zu erstellen. Das Prinzip der Nachhaltigkeit soll dabei eine wichtige Rolle spielen.

Das Angebot und die Qualität an Wohnraum wurden in den letzten Jahren merklich verbessert. Durch den Ankauf von Konversions-Wohnungen durch die Wohnungsbaugesellschaft (WBG) wurde hochwertiger Wohnraum geschaffen. Wir werden darauf achten, dass die Mietpreise erschwinglich bleiben und in den WBG-Wohnblocks weiterhin ein Miteinander der verschiedensten Gruppen von StadtbewohnerInnen möglich ist.

Eine **Gettoisierung**, wie sie in bestimmten Straßenzügen und Stadtteilen festzustellen ist, muss in Zukunft vermieden werden. Dort, wo bereits eine soziale Entmischung stattgefunden hat, muss ihr entgegengewirkt und auch das Wohnumfeld aufgewertet werden. Es besteht weiterhin Sanierungs- und Modernisierungsbedarf in diversen Objekten. Kosteneinsparungen durch Eigenleistungen der Nutzer sollte, wo möglich, in Anspruch genommen werden.

Die starke Zunahme der älteren Bevölkerung wird den Bedarf an großzügig ausgestatteten und barrierefreien Wohnungen in der Innenstadt steigern. Eine gute Versorgungsstruktur wird dabei unverzichtbar.

Neue Bauleitpläne sollen nach ökologischen Prinzipien gestaltet werden; optimale Solarenergieausrichtung, Grün- oder Solardächer und der Bau von Niedrigenergiehäusern sollen Standard werden. Entsprechende Bestimmungen müssen in die Bauleitplanung und Baugenehmigungen der Stadt einfließen.

Mobilfunk

Wir unterstützen die Aktivitäten und Ziele der Neustadter Mobilfunkinitiative. Unsere Forderung nach einem öffentlichen Mobilfunkkataster, in dem die Standorte der bisherigen Mobilfunksendeanlagen verzeichnet sind, wurde Anfang des Jahres erfüllt. Das Kataster sollte präzisiert und um betriebliche und behördliche Funkanlagen erweitert werden.

Die Mobilfunkbetreiber haben sich verpflichtet, mit den Kommunen besser zusammenzuarbeiten und müssen hier beim Wort genommen werden.

Der Mobilfunk ist aus dem modernen Leben nicht mehr wegzudenken. Jedoch müssen die Betreiber alle Daten offen legen und im Einvernehmen mit der Verwaltung und der Neustadter IG Mobilfunk die besten und strahlungsärmsten Lösungen für Senderstandorte verwirklichen. Hierbei ist das **Strahlungsrisiko der Sendeanlagen für die Bürger zu minimieren**.

Energie, Abfall und (Ab-)Wasser

Energie

Neustadt gehört zu den sonnenreichsten Regionen in Deutschland und hat damit **ideale Voraussetzungen für eine Solarkommune**. Mit der Einrichtung des Solarkraftwerkes in Lachen-Speyerdorf und der Installation von Solaranlagen auf vielen Neustadter Schuldächern im Rahmen der lokalen Agenda 21 sind erste Schritte in die richtige Richtung getan worden. Viele Möglichkeiten zur Nutzung der Solartechnik und Erdwärmegewinnung werden jedoch noch nicht ausgeschöpft.

Wirklich zukunftsweisend ist eine von der Stadt zu fördernde dezentrale Solarstrom und -wärmerversorgung. Konkret heißt das, auf möglichst vielen Neustadter Häusern Anlagen zur Erzeugung von Solarstrom zu installieren. **Die vermehrte Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden könnte hierbei eine Vorbildfunktion ausüben**.

Entsprechende **kommunale Förder- und Kreditprogramme für private Haushalte** sollen im Verbund von Stadtverwaltung, Stadtwerken und Stadtparkasse aufgelegt werden. Dies gilt auch für energie- und ressourcensparende (Um-) Baumaßnahmen an öffentlichen und privaten Häusern und Grundstücken (Entsiegelung, Regenwasseranlagen, Maßnahmen zur Wärmedämmung). Auch die bundesweiten Förderprogramme zur alternativen lokalen Energieerzeugung werden bei uns noch zu wenig genutzt. Hier haben die **Stadtwerke mehr Aufklärungsarbeit** zu leisten!

Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft (WBG) muss in diesem Bereich über begrüßenswerte Ansätze hinauskommen und in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken verstärkt und kreativ tätig werden.

Bei **Modernisierungsmaßnahmen von öffentlichen Gebäuden und Schulen** ist Energieeffizienz notwendig, lokale Rohstoffe (Holzpellets, Erdwärme u. a.) sollten bevorzugt verwendet werden.

Weitere Blockheizkraftwerke sollen zu den bereits bestehenden hinzukommen, da die Kraft-Wärme-Kopplung höchste Energieeffizienz mit einem geringen CO₂-Ausstoß verbindet.

Aufgrund der besonders geeigneten geographischen Lage Neustadts sehen wir in der **Förderung der Erdwärme** gute Entwicklungschancen. Im Vergleich zu benachbarten Städten hat Neustadt hier dringenden Nachholbedarf!

Abfall

Wie im Energiebereich wollen die Neustadter Grünen auch im Abfallbereich alle Möglichkeiten einer nachhaltigen Wirtschaftsweise nutzen. Wir unterstützen den Grundsatz Abfallvermeidung; Verwendung von wiederverwertbaren Materialien geht vor **Abfallentsorgung**.

Im Abfallbereich hat sich das getrennte Sammelsystem bewährt. Auch der Abfall-Ratgeber der ESN leistet gute Aufklärungsarbeit. Windelsäcke und kleine Tonne sowie die Einführung der Tonne für Gartenabfälle werden von uns ausdrücklich unterstützt. Dem Verursacherprinzip folgend sollte jedoch im Rahmen der neuen EU-Richtlinien, nach denen auf neue

Tonnen umgestellt werden muss, die Abfallentsorgung künftig nach dem anfallenden Abfallgewicht berechnet werden (Wiegesystem).

Abwasser/Wasser

Neustadts anerkannt sauberes Trinkwasser ist ein hohes Gut. Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, um diesen Zustand zu erhalten. Potentielle Gefährdungen des Trinkwassers durch Altlasten müssen recherchiert, offen gelegt und beseitigt werden.

Die Neustadter Grünen haben sich erfolgreich gegen eine Abwasserpipeline zur BASF gewehrt. Das Abwasser muss weiterhin dort geklärt werden, wo es entsteht. Aus Kostengründen unterstützen wir dabei regionale Klärverbände, zum Beispiel mit Lambrecht.

In Neustadt wurden in der Vergangenheit alle Fließgewässer verrohrt. Das Flair der Innenstadt würde durch das schrittweise Freilegen der Fließgewässer an geeigneten Stellen nach Freiburger Vorbild deutlich gewinnen.

Kultur

Leider sind aus finanziellen Gründen in den letzten Jahren im Kulturbereich Gebührenerhöhungen, Kürzungen sowie Streichungen von Zuschüssen erfolgt. Trotzdem kann Neustadt ein interessantes kulturelles Angebot vorweisen, das auch durch die zahlreichen Kulturvereine sowie durch Kunstschaffende bereichert wird. Leider fehlt aber z. B. im Jazz-Bereich ein Angebot.

Wir fordern:

- **der Jugend eine Plattform im Bereich Kultur zu geben** und ortsansässigen Musikbands die Möglichkeit zu bieten, im Low-Budget-Verfahren z. B. den Saalbau zur Präsentation zu nutzen
- **Jugendliche mit Wettbewerben zur Teilnahme am Kulturprogramm zu motivieren**, z. B. durch Förderung der Schulkultur, auch **Veranstaltungen zur Förderung der Event-Kultur** in Neustadt durchzuführen
- **im Überlebenskampf der Theaterhäuser über den Aufbau eines regionalen Theaterzweckverbandes** z. B. mit dem Pfalztheater Kaiserslautern oder dem Nationaltheater Mannheim nachzudenken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen gewährleisten, dass umfangreiche Angebote aller Kulturrichtungen für Neustadt erhalten bleiben und erweitert werden können und das Angebot ein hohes Niveau bietet. Die Eintrittspreise und Gebühren sollen erträglich bleiben. Ganz herausragend und wichtig ist und bleibt die Verpflichtung, den Kulturschaffenden in Neustadt und Umgebung die notwendige Unterstützung und finanzielle Förderung zu gewähren.

Noch mehr Grüne für den Stadtrat Neustadt

- | | | | |
|-----|--|-----|--|
| 1. | Barbara Lehmann-Hackebell
Bankkauffrau, Stadträtin,
Fraktionsvorsitzende | 13. | Eva Kamenetzky, Rentnerin |
| 2. | Kurt Werner, Schulleiter,
Stadtrat, Ortsbeirat | 14. | Wolfgang Düncher
Dipl.-Volkswirt, Kassierer |
| 3. | Waltraud Blarr, Dipl.-Ingenieurin,
Vorstandssprecherin | 15. | Gudrun Dörlich, Krankenschwester |
| 4. | Andreas Severidt, Eisenbahner | 16. | Hermann Scherrer, Dipl.-Ing. Landbau |
| 5. | Diana Levis-Hofherr
Industriekauffrau, Ortsbeirätin | 17. | Dr. Dagmar Lückel-Werner, Ärztin |
| 6. | Richard Racs
Geschäftsführer, Ortsbeirat | 18. | Hans-Jürgen Dörlich, Dipl.-Volkswirt |
| 7. | Elke Brodbeck
Jugendbildungsreferentin | 19. | Katja Schümer, Dipl.-Sozialarbeiterin |
| 8. | Winfried Marianczyk
Dipl.-Psychologe | 20. | Werner Bauer
Dipl.-Verwaltungswirt p* |
| 9. | Rosemarie Lang-Barke, Lehrerin | 21. | Marion Koch-Seydlitz
Dipl.-Psychologin p* |
| 10. | Peter Wegner
Dipl.-Ingenieur, Architekt | 22. | Torsten Hesse, Krankenpfleger |
| 11. | Hedwig Weiland, Dipl.-Dolmetscherin | 23. | Susanne Kercher
Reisebürokauffrau p* |
| 12. | Dr. Frieder Kunz, Dr.-Ing.,
Projektleiter | 24. | Ulli Zabel, Dipl.-Agrarbiologe |
| | | 25. | Iris Bockow, Dipl.-Sozialpädagogin |
| | | 26. | Lilli Buttman, Rechtsanwaltsgehilfin |
| | | 27. | Brigitte Reimann, Bankkauffrau p* |

Liste Kandidat(inn)en von B'90/Die Grünen zur Wahl des Ortsbeirates in:

Hambach

1. Kurt Werner, Lehrlogopäde
2. Peter Wegner, Architekt,
3. Hedda Brockmeyer, fkm. Angestellte p*
4. Dagmar Lückel-Werner, Ärztin
5. Friedrich Georgens, Angestellter p*
6. Esther Labusch, Musikerin p*

Mußbach

1. Gudrun Dörlich, Krankenschwester
2. Harald (Charly) Braun, Kaufmann p*
3. Annette Koch, Dipl.- Eurythmistin p*
4. Heribert Hansen, Med. Rad. Assistent p*
5. Lulse Höning, Hauswirtschaftsmeisterin
6. Hans-Jürgen Dörlich, Dipol.-Volkswirt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Wirtschaft	3
Tourismus	4
Landwirtschaft	6
Soziale Sicherheit	7
Verkehr	9

Lachen-Speyerdorf

1. Diana Levis-Hofherr, Industriekauffrau
2. Hermann (Yonas) Scherrer, Dipl.-Ing. Landbau
3. Waltraud Blarr, Dipl.-Ingenieurin (FH)
4. Susanne Kercher, Reisebürokauffrau p*
5. Claus Schick, Energieanlagenelektroniker p*
6. Corinna Kastl-Breitner, Dipl.-Designerin (FH)

Haardt

1. Richard Racs, Geschäftsführer
2. Elke Brodbeck, Jugendbildungsreferentin
3. Hans Dreyer, Angestellter
4. Jutta Paulus, Apothekerin p*
5. Dr. Dietmar Hoos, Dipl.-Biologe p*

Kinder, Jugend, Familie	11
Natur in der Stadt	13
Frauen	15
Wohnen, Städtebau	16
Energie, Abfall, (Ab-)Wasser	18
Kultur	19

Impressum: Kreisseiten Neustadt an der Weinstraße

Herausgegeben von: Bündnis 90/Die Grünen KV Neustadt, Stangenbrunnengasse 15, 67433 Neustadt

Tel: 06321/33929 Fax: 06321/82040 kv.neustadt@gruene-rip.de

V.i.S.d.P. Waltraud Blarr

*)parteilos